Sonnabend, 4. August 1928 - 76. Jahrgang Nr. 365

Berliner Volks-Zeitung

Heute: Jede Woche Musik

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis inschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,50 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 10 Pfennig; das fettgedruckte Wort 20 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3452; für den Fernverkehr Nr 4207 bis 4209. – Rudolf Mosse-Code. – Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7 – Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. – Filialen: Badstr. 61, Blücherstr. 69, Fennstr. 1, Fidicinstr 9, Frankfurter Allee 286 u. 346, Greifswalder Strasse 197, Grosse Frankfurter Strasse 101, Kochhannstrasse 8, Königstr. 19, Köpenicker

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik“
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK“

760 · BERLIN · UNSICHER

Strasse 67-68, Moritzplatz, Müllerstrasse 135, Potsdamer Strasse 33, Rathenower Strasse 3, Rheinsberger Strasse 79, Rosenthaler Strasse 48, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 61, Wiener Strasse 1-6, Zimmerstrasse 59; Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 84, Nürnberger Str. 25-26, Scharrenstrasse 39, Tauentzienstrasse 2; Cöpenick: Schlossstr. 1; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Henriettenpl.; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 243; Niederschöneweide: Brückenstrasse 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schloss-Str. 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr 7; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 18, Uhlandstr. 88; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 5; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Polnisch-litauisches Spiel mit dem Feuer
Nurmis Niederlage — Bayerns Rundfunkpolitik

Künstliche Aufregung

Hermann Müller und die Kolonialpolitik

Die deutschnationale Presse hat zurzeit Ablenkungsmanöver bitter nötig. Mit der Landauer Affäre kann man keine innenpolitischen Geschäfte mehr machen. Und im eignen Parteiladen sieht es trostlos aus. Die Hugenbergianer und die Lambächler liegen sich in den Haaren und es ist kein Ende dieses Zankes abzusehen, der von beiden Seiten immer rabiater und unter Preisgabe auch des letzten Restes parteifreundlicher Rücksichtnahme geführt wird. Jeder Tag bringt neue Offenbarungen deutschnationaler Zersetzung und kläglichen Niederganges der Partei, die wohl zankende Feldwebel und geduldige Mitglieder, aber keine wirklichen Führerpersönlichkeiten hat. Da hüpft den missgestimmten Herren das Herz, wenn sie irgendwo eine Aeusserung finden, über die sie sich und ihre Leser in künstliche Aufregung versetzen können. Einmal muss der General Foch herhalten, aus dessen Interview man bequeme Stellen herauspflückt und die unbequemen brav beiseite lässt. Und nun hat gar Reichskanzler Hermann Müller eine Aeusserung über Kolonialpolitik getan, über die sich die gierige Meute herstürzt. Die „Dresdener Volkszeitung“ hat eine Umfrage veranstaltet: „Soll Deutschland Kolonialpolitik treiben?“ Hermann Müller hat folgende Antwort gegeben:

„1. Trotzdem dem Deutschen Reiche das Recht auf koloniale Betätigung nicht bestritten werden kann und die koloniale Schuldlüge in der früheren kolonialen Betätigung Deutschlands keine Begründung findet, soll das Deutsche Reich aus praktischen Gründen den Erwerb von Kolonien nicht anstreben. Die deutsche Wirtschaft leidet an Kapitalmangel. Wie soll auch noch das Kapital aufgebracht werden, das zur Einleitung einer nutzbringenden Kolonialpolitik in den Kolonien investiert werden müsste? Zurzeit haben die Deutschen bei den erwachenden, nach kolonialer Selbständigkeit drängenden Kolonialvölkern das grösste Ansehen, gerade weil Deutschland an der kolonialen Ausbeutung fremder Völker nicht mehr beteiligt ist. Das muss sich auch handelspolitisch günstig für Deutschland auswirken.

2. Auch zur kolonialen Betätigung Deutschlands durch Uebernahme eines Kolonialmandats liegt kein Grund vor. Deutschland soll sich in der Mandatskommission des Völkerbundes vielmehr der Völker annehmen, die in den Mandatsgebieten wohnen. Das wird dem deutschen Ansehen und dem deutschen Handel nützlich sein.

3. Das Deutsche Reich soll für seine Angehörigen in allen Kolonien und Mandatsgebieten die volle Gleichberechtigung mit den anderen Nationen fordern, damit ihm günstiger Rohstoffbezug gesichert ist.“

Kein vernünftiger Mensch wird leugnen, dass wir genug Sorgen haben und es vermeiden müssen, uns auf irgendwelche gewagten Experimente einzulassen. Will aber im Ernste jemand behaupten, dass eine erneute Teilnahme Deutschlands an der Kolonialpolitik heute etwas anderes als ein Experiment sein könnte? Hermann Müller hat durchaus würdig die deutschen Interessen betont, hat auf Deutschlands Recht verwiesen, sich gegen die Kolonialschuldlüge verwahrt und im übrigen die praktischen Gründe, die gegen Wiederaufnahme einer aktiven Kolonialpolitik sprechen, sicher im Sinne der weitaus überwiegenden Mehrheit unseres Volkes in den Vordergrund gestellt. Es ist gewiss ein romantischer Reiz dabei, Kolonialschwärmerei zu treiben; einen solchen Luxus können wir uns aber heute nicht gestatten.

Im übrigen ist die Frage heute gar nicht so aktuell, dass man sich über das Für und Wider einer neuen Kolonialpolitik ereifern müsste. Praktische Gründe ergeben sich aus den jeweiligen Verhältnissen. Wir können heute noch nicht übersehen, wie die Dinge liegen werden, wenn Deutschland wirklich vor weittragende Entscheidungen in dieser Frage gestellt werden sollte. Vielleicht erfordert der Grundsatz, sich „der Völker anzunehmen, die in den Mandatsgebieten wohnen“, in einem späteren Zeitpunkt eine andere praktische Stellungnahme. Wir können es abwarten. Deutschland hat keinen Grund, sich in dieser Frage vorzeitig durch eine prinzipielle Entscheidung zu binden. Es hat aber noch weniger Anlass, jetzt „Kolonialpolitik zu treiben“.

Aufsicht für die Kartelle

Ein Kartellgesetzentwurf der freien Gewerkschaften — Mitbestimmungsrecht des Staates und der Konsumenten

In den kommenden Wochen finden zwei Gewerkschaftstagungen statt, die schon durch ihr Programm zu besonderer Bedeutung gestempelt sind. Vom 16. bis 19. August findet in Breslau der Bundestag des Gewerkschaftsbunds der Angestellten statt. Er wird im Zeichen der Sozialpolitik stehen, gegen die gewisse Unternehmerkreise heute anrennen wollen. Ferner beginnt am 3. September in Hamburg der Kongress des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunds, in dessen Mittelpunkt u. a. die Neuordnung der Kartellpolitik stehen soll.

In diesem Zusammenhang ist ein neuer Plan der freien Gewerkschaften über die Kartellregelung besonders bemerkenswert. Es wird vorgeschlagen, eine neue Zentralstelle zu schaffen, die die staatliche Beaufsichtigung aller Kartelle, monopolistischen Konzerne und Trusts zur Aufgabe hat. Dieses neue Reichsamt für Monopolverwaltung soll weitgehende Unabhängigkeit vom Reichswirtschaftsministerium erhalten und selbstverständlich alle die Funktionen der Kartellkontrolle übernehmen, die jetzt das Reichswirtschaftsministerium ausübt, wobei die Befugnisse wesentlich zu erweitern wären. Das Kartellregister, das in dem neuen Monopolamt geführt werden soll, soll alle kartellähnlichen Gebilde erfassen. Das Monopolamt soll die Befugnis erhalten, in dringenden Fällen im Verordnungswege einzugreifen, im grossen und ganzen aber soll die Entscheidung über Auflösung von Kartellverträgen und ähnliche Massnahmen wie bisher dem Kartellgericht vorbehalten bleiben. Ausserdem

sollen in der Verwaltung aller Kartelle, Konzerne und ähnlichen Gebilde Vertreter der Verbraucherschaft und des Staates sein.

1 In der neuen Kartell-Monopolverwaltung sollen in der Geschäftsführung in entsprechendem Verhältnis auch Arbeitnehmer vertreten sein, die von den Gewerkschaften und den Spitzenverbänden zu ernennen sind. Im einzelnen hat das neue Reichsamt zur Aufgabe: die Prüfung aller Verhältnisse bei den fraglichen Wirtschaftsgebilden, insbesondere die Prüfung der Selbstkostenberechnung; ferner die Feststellung des Monopolcharakters von Kartellen, Konzernen und Einzelunternehmungen, Einstweilige Anordnungen, sofern das Interesse der Gesamtwirtschaft oder des Gemeinwohls diese erfordert. Klage beim Kartellgericht zwecks Annullierung von Verträgen, Geschäftsbedingungen Preisfestsetzungen. Diese Rechte sollen vom Reichsrat von Amts wegen oder auf Antrag der zuständigen Minister oder eines Betroffenen ausgeübt werden können. Bemerkenswert ist, dass den Kartellen eine Rechtsform vorgeschrieben werden soll, die die obengenannte Beteiligung der Staats- und Verbrauchsvertreter ermöglicht.

Wird mit den Moskauern aufgeräumt?

Die Wahlen der Vertreter des Berliner Metallarbeiterverbandes zu dem Kongress des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes haben wiederum, ganz ähnlich wie die Wahlen zu der Tagung des Metallarbeiterverbandes selbst, mit einem Erfolge der kommunistischen Liste geendet. Allerdings war die Wahlbeteiligung ungemein schwach. Es wurden kaum 30 Prozent der wahlberechtigten Stimmen abgegeben. Das Wahlergebnis ist also für die Amsterdamer oder sozialdemokratische Richtung in den freien Gewerkschaften wenig befriedigend.

Es soll nun auf dem Kongress ein Antrag eingebracht werden, die Mandate der in Berlin gewählten Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht anzuerkennen. Denn es muss Klarheit geschaffen werden. Bekanntlich hat Bucharin, der Vertreter der kommunistischen Partei in Russland, auf dem letzten Kongress der Komintern den Bruderkampf gegen die Sozialdemokratie vor den Klassenkampf gegen das Bürgertum gestellt und als die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Parteien aller Länder bezeichnet. Bisher wurden die Kommunisten in gewerkschaftlichen und anderen Arbeiterorganisationen mit grosser Toleranz geduldet, obwohl sie die von ihnen beanspruchte „proletarische Solidarität“ dazu benutzt haben, gegen die Sozialdemokratie Propaganda zu treiben. Inzwischen hat sich die Unhaltbarkeit dieser Verhältnisse klar herausgestellt. Arbeitersportorganisationen und Freidenkerverbände sind schon daran, sich von den Kommunisten klar und deutlich zu scheiden. Diese Bewegung wird dadurch wesentlich gefördert werden, dass Spitzelversuche der Kommunistischen Partei in der sozialistischen Arbeiterjugend festgestellt wurden. Daher werden auch die freien Gewerkschaften nicht umhin können, eine radikale Klärung der Verhältnisse vorzunehmen.

Schnelldienst

Der englische Aussenminister Chamberlain leidet, nach einem Bericht der Aerzte, zu einer Lungenentzündung.

Der englische Premierminister Baldwin wird sich während seines Sommerurlaubs nach Aix-les-Bains begeben.

In Singapore wurden von der englischen Polizei zahlreiche chinesische Kommunisten, die eine Demonstration veranstalten wollten, verhaftet.

Auf dem Flugplatz Krakau stürzte ein Militärflugzeug ab; der Pilot, ein Hauptmann, fand dabei den Tod.

Der neue Botschafter Englands in Paris, Sir William Tyrrell, hat gestern dem Präsidenten der französischen Republik sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Die bayerische Extrawurst

Keine Uebertragung der Berliner Verfassungsfeier auf den Münchener Sender

Wie nicht anders zu erwarten, wird die grosse, von der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung und dem Magistrat der Stadt Berlin am Verfassungstag veranstaltete Abendfeier bei Kroll auf alle deutschen Rundfunksender einschliesslich der Deutschen Welle übertragen. (Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Königsberg, Leipzig und Stuttgart.)

Wirklich auf alle deutschen Sender? Das wäre doch ein für deutsche Verhältnisse ungewohntes Bild nationaler Einigkeit. Dass es nicht zustande kommt, dafür sorgt selbstverständlich ... Bayern. Die Münchener Rundfunkgesellschaft glaubt ihrer Pflicht Genüge getan zu haben, wenn sie die Feier der Reichsregierung vormittags um 12 Uhr übernimmt. Aber da mehr nach Meinung der bayerischen Herrschaften wohl vom Uebel wäre, hält man es nicht für nötig, auch die Abendveranstaltung den bayerischen Hörern zugänglich zu machen. Dafür steigt ein Werbevortrag zur Sonderschau des Reichsverbandes der Schokoladengeschäftsinhaber, Gau Südbayern.

Jedes Land hat die Rundfunkgesellschaft, die es verdient. Da kannst nix machen!